

Integration fördern - Ausgrenzung verhindern : Bericht vom 74. Deutschen Fürsorgetag in Leipzig

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **94 (1997)**

Heft 8

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840404>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

auf. Die Einsparungen für die IV betragen in den ersten sechs Jahren 74 Mio. Franken pro Jahr. Diese Massnahme fand in der Vernehmlassung meist Zustimmung.

Transportdienste können hoffen

Das Departement hatte vorgeschlagen, die Beiträge an die Behindertentransportdienste aufzuheben und diese Aufgabe den Kantonen zu übertragen. Auf diese Massnahme wird nun vorläufig verzichtet. Unter den Behindertenorganisationen hatte dieser Vorschlag grosse

Besorgnis ausgelöst, denn es wurde befürchtet, dass die Kantone nicht in die Lücke springen würden und damit das Überleben der Transportdienste gefährdet sei. In der Botschaft ans Parlament steht hingegen, im Grundsatz sei der Vorschlag mehrheitlich positiv aufgenommen worden. Den Bedenken der Fachverbände wurde aber Rechnung getragen, indem die Frage der Aufgabenübertragung an die Kantone im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs geprüft werden soll. Es ist dies der einzige wesentliche Punkt, der aufgrund der Vernehmlassung geändert hat.

cab

Integration fördern – Ausgrenzung verhindern

Bericht vom 74. Deutschen Fürsorgetag in Leipzig

Der 74. Deutsche Fürsorgetag in Leipzig stand unter dem Motto «Integration fördern – Ausgrenzung verhindern». Eine Delegation der SKOS hat die Diskussionen mitverfolgt. Der Problemdruck, einerseits das Ausmass der sozialen Probleme (Arbeitslosigkeit) und andererseits die beängstigende finanzielle Lage der deutschen Gemeinden, wurde in den zum Teil emotional geführten Debatten spürbar.

Auf Einladung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge nahm eine Delegation der SKOS am alle drei Jahre stattfindenden Deutschen Fürsorgetag teil. 1997 fand dieser zum ersten Mal in einem der neuen Bundesländer

statt und stand unter dem Motto «Integration fördern – Ausgrenzung verhindern». Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungen führen zu Ausgrenzungsprozessen. In Leipzig wurden Antworten gesucht, wie die Soziale Arbeit durch Integrationsanstrengungen diese Entwicklung stoppen kann.

Als eine der Hauptursachen für Ausgrenzungsprozesse wurde die seit Jahren steigende Arbeitslosigkeit (zurzeit 4,6 Mio. Arbeitslose in Deutschland) und ihre Folgen für den Einzelnen, den Staat und die Gesellschaft angesehen. Zahlreiche Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen widmeten sich diesem Thema.

Dabei war weitgehend unbestritten, dass im Sinne der integrativen Sozialarbeit die Instrumente der finanziellen Existenzsicherung vermehrt mit aktiven, auf soziale Wiedereingliederung in die Gesellschaft ausgerichteten Massnahmen zu verbinden sind. Die im Bundessozialhilfegesetz verankerten «Hilfen zur Arbeit» müssen ausgebaut werden.

Bestand Einigkeit über die Zielsetzung, so waren die diskutierten Lösungsansätze doch sehr verschieden. Dabei flossen Lösungsvorschläge aus verschiedenen europäischen Staaten ein. An einem international zusammengesetzten Podium, an dem auch der Präsident der SKOS, Andrea Ferroni, Chur, teilnahm, wurden Vorschläge zum Thema «Wege aus der Krise» diskutiert. Die Palette reichte von staatlichen Lohnzuschüssen, steuerlichen Anreizen für die Arbeitgeber, neuen Modelle von Arbeitsumverteilung über die nur teilweise Anrechnung von Erwerbseinkommen in der Sozialhilfe bis zur Einbindung der Wirtschaft in die soziale Verantwortung. Die gleichzeitig mit den Aufgaben wachsende Bürokratisierung und Verreglementierung der Sozialarbeit wurde ebenso beklagt wie die dramatische Ausmassen annehmende Finanzknappheit der öffentlichen Hand.

In einer Podiumsdiskussion zwischen Vertretern des Bundes, der Länder und der Kommunen wurde deutlich, in welcher fast ausweglosen finanziellen Überlastungssituation sich die Gemeinden in Deutschland befinden. Die Frustration entlud sich in heftig geführten Auseinandersetzungen mit dem Vertreter des Bundes, deren Tonart aus schweizerischer Sicht eher ungewöhnlich war. Es

wurde deutlich, wie tief der Graben zwischen den an der Sozialfront stehenden Gemeinden und dem ständig mit neuen Reformen aufwartenden Bundesgesetzgeber geworden ist.

Angesichts dieser harten Auseinandersetzungen im Alltag der Sozialarbeit erhielt das sozialpolitische Grundsatzreferat von Warnfried Dettling, München, zu Beginn des Fürsorgetages eine besondere Bedeutung. Nicht Extrempositionen wie Fundamentalismus des Marktes oder Sozialstaatsorthodoxie führten weiter, sondern die Orientierung an Zielgrössen wie Solidarität und sozialer Stabilität. Im Sinne eines fairen Ausgleichs der Interessen sei die Solidarität neu zu organisieren. Dabei wurde das Prinzip der Gegenseitigkeit, der wechselseitigen Verpflichtungen von Staat und Bürger zu helfen und Empfangenes nach Kräften zurückzugeben, besonders betont.

SKOS mit Beobachterstatus

Parallel zum Deutschen Fürsorgetag in Leipzig fand eine Tagung des ICSW (International Concil of Social Welfare) statt, an dem die Schweiz erstmals als Beobachterin teilnahm. Schwerpunktthema dieser Tagung war das «Basic income», das garantierte Mindesteinkommen, in verschiedenen europäischen Ländern. Die SKOS beabsichtigt aufgrund der guten Erfahrungen in Leipzig und den traditionell guten Beziehungen zum Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, den internationalen Erfahrungsaustausch zu vertiefen und eine Mitgliedschaft im ICSW zu prüfen.

MH/cab